

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köhler in Stettin.  
Verleger und Drucker: H. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.  
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht  
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Beträge über deren Raum im Morgenblatt  
15 Pf., im Abendblatt und Reflektoren 30 Pf.

# Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Hofmarkt 10 und Kirchplatz 2.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren  
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler  
G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max  
Gerstmann, Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies.  
Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A.  
Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-  
furt a. M. Meiner, Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

## Vereins- und Landtag.

Abgeordnetenhaus.

56. Sitzung vom 20. März.

Der Vizepräsident eröffnet die Sitzung um  
12 Uhr.

Das Ergänzungsgesetz zur evangel. Kirchen-  
verfassung für die älteren Provinzen wird nach  
kurzen Bemerkungen der Abg. Dr. Langerode-  
haus (fr.), Hr. v. Minnigerode-  
Kosfitt (konf.), Im Walde und des Regie-  
rungsvertreters Geh. Rath Hegel in erster und  
zweiter Lesung angenommen.

Es folgt die Beratung des Antrags des Abg.  
v. Schenkendorff und Genossen (nl.), zu be-  
schließen: In Rücksicht darauf, daß die auf Ver-  
breitung des Handfertigkeit-Unterrichts gerichtete  
Bewegung seit dem letzten Jahrzehnt in fast allen  
Kulturländern Aufnahme und zum Theil eine  
weite Ausdehnung gefunden hat; sowie in Rück-  
sicht darauf, daß ein solcher Unterrichts-  
zweig wirtschaftlich wie pädagogisch bedeutsam  
erscheint, wird die Regierung ersucht, den hiesigen  
Bestrebungen staatlicherseits eine wirksame  
Förderung als bisher zu Theil werden zu lassen  
und gleichzeitig Vorkehrungen zu treffen, daß die  
Lehreremane allejährig diesen Unterrichts-  
zweig als einen freiwilligen aufnehmen.

Bei der Begründung seines Antrages weist  
der Hauptantragsteller

Abg. v. Schenkendorff auf die erheb-  
lichen Aufwendungen hin, welche von anderen  
Staaten für die Zwecke des Handfertigkeit-Unter-  
richts gemacht werden. Deutschland stehe unter  
diesen Staaten erst an zweiter Stelle. Neben  
wichtig ist, daß der Handfertigkeit-Unterricht  
obligatorisch in die Schule eingeführt werde, auch  
nicht, daß die Regierung diesen Unterricht in die  
Hand nehme; er erbittet die Mitwirkung der Regie-  
rung zur Mitberathung über die Unterrichts-  
erhaltung, zur Anregung bei den gemeindlichen  
Schulbehörden und zur finanziellen Unterstützung  
der Sache, letztere namentlich für die Lehreraus-  
bildung und für die Einrichtung von Werkstätten.

Finanzminister Dr. Miquel anerkennt die  
pädagogische und wirtschaftliche Wichtigkeit des  
Handarbeitsunterrichts, namentlich die Verdienste  
einzeln Männer und insbesondere des Abg. v.  
Schenkendorff. Allein des Unterrichts-  
fach noch nicht zur Aufnahme in den Schulunter-  
richt, es bedürfe vielmehr noch der Vorbereitung  
durch Personen, welche sich besonders für die An-  
gelegenheit interessieren. Die Regierung sei bereit,  
die Sache zu fördern nach Maßgabe der vorhan-  
denen Mittel und unter Berücksichtigung der ganzen  
finanziellen Lage.

Regierungs-Kommissar Geh. Rath Brandt  
betont, daß die Meinungen über die Wichtigkeit  
des Handarbeits-Unterrichts bei den Lehrern aus-  
einandergehen. Die Regierung müsse deshalb der  
Sache gegenüber sich vorsichtig verhalten, insofern  
dieser Gegenstand in den Volksschulunterricht ein-  
geführt werden soll.

Abg. Herfurth (fr.) wünscht, daß die  
Sache des Handfertigkeit-Unterrichts, die aus so  
unheimlichen Zuständen hervorgegangen und zu  
bedeutenden Erfolgen gelangt ist, von der Regie-  
rung möglichst wohlwollend behandelt werde.

Abg. v. Minnigerode-Kosfitt (konf.)  
meint, daß namentlich die Volksschulen  
dafür sorgen müssen, ihre Schüler in manuellen  
Fertigkeiten auszubilden, auf dem Lande geschehe  
das bereits.

Abg. Hr. v. Heereman (Zentr.) hebt  
das Bedenken hervor, daß die einseitige Ausbil-  
dung der Kinder in der Schule, das einseitige  
Bespätkung des Kopfes mit Bildung und Wissen  
die Entwicklung des Geistes und Gemüths vernach-  
lässigt und beeinträchtigt. Der Handfertigkeit-  
unterricht könne nützlich wirken, aber man dürfe  
ihn unter keinen Umständen obligatorisch machen.  
Ab. Dr. Kropatschek (konf.) hat er-  
stliche Bedenken gegen den Antrag. Er verkennt  
nicht die wohlthätige Wirkung des Handarbeits-  
unterrichts, aber wenn er erst fakultativ eingeführt  
ist, wird er bald obligatorisch sein, ganz wie das  
beim Turnen der Fall war. Kasse man doch den  
Jungen mehr Freiheit, lasse man sie spielen, auch  
wenn sie sich einmal ein Loch in den Kopf schla-  
gen. Entlaste man die Kinder von den vielen  
Schularbeiten. Redner wird gegen den Antrag  
stimmen.

Abg. Dr. v. Gerlich (fr.) spricht namentlich  
gegen den „Schulmann“ Kropatschek, der die  
Kinder nicht fürs Leben, sondern nur für die  
Schule heranbilden wolle.

Der Antrag v. Schenkendorff wird  
angenommen.

Es folgen Petitionen.  
Die Unterrichtskommission beantragt eine  
Petition des Magistrats und der Stadtverordneten  
von Görlitz um Uebertragung der Funktionen des  
Kreisjugendinspektors auf einen Stadtschulrath, theils  
durch Uebertragung zur Tagesordnung, theils durch  
Ueberweisung an die Regierung zur Erwägung zu  
erledigen.

Abg. Halberstadt (fr.) bittet, der  
Petition im vollen Umfange stattzugeben, der  
jetzige Inspektor sei bisher Zuchthausgefangener  
gewesen und wohl wenig für die jetzige Stellung  
geeignet.

Regierungs-Kommissar Hofrath Kügler:  
Der Magistrat von Görlitz hat die Wichtigkeit  
des Geistes als Schulinspektor selbst anerkannt.

Die Abg. Schlabitz (fr.), v. Schenkendorff  
(fr.), u. Graf Clairon d'Aussanville (konf.) be-  
nehmen das Herbeiziehen persönlicher  
Momente durch den Abg. Halberstadt; solche  
Ausführungen gehören nicht in das Haus. Der  
letztgenannte Redner empfiehlt, die Petition durch  
Uebertragung zur Tagesordnung zu erledigen.

Abg. v. Tiedemann (fr.) wird ebenfalls  
für Tagesordnung stimmen; ebenso

Abg. Krebs-Hellberg (Ztr.), der die  
Tragweite des Kommissionsantrages bedenklich  
findet, denn es würden sofort alle größeren Städte  
mit den gleichen Forderungen auftreten, welche  
hier die Stadt Görlitz geltend macht.

Bei der Abstimmung wird der Antrag auf  
Tagesordnung angenommen.

Eine Petition betreffend die Rechte des  
Ständewahlkreises gegenüber dem Patron, welche  
die Kommission als ungeeignet zur Erörterung im  
Plenum erachtet hat, soll nach den Anträgen der  
Abg. Schmidt-Barburg und Dr. Porfisch  
(Ztr.) der Regierung zur Berücksichtigung über-  
wiesen werden.

Das Haus lehnt die Anträge Schmidt-  
Barburg und Porfisch ab und beläßt es bei dem  
Kommissionsvorschlage.

Sechs weitere Petitionen, die von der  
Unterrichts- und der Budgetkommission beraten  
sind, werden nach den Anträgen dieser Kom-  
mission debattelos erledigt.

Darauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr.

Tagesordnung: Kleine Verlagen und Pe-  
titionen.

Schluß 4 1/4 Uhr.

## Deutschland.

Berlin, 21. März. Wenn versucht wird,  
die Gestaltung, in welcher die Novelle zu dem  
Wahlgesetze aus den Verhandlungen des Abge-  
ordnetenhauses hervorgegangen ist, auf Einwir-  
kungen aus Regierungskreisen zurückzuführen, so  
ist demgegenüber festzustellen, daß weder von dem  
Staatsministerium, noch von einem Mitgliede  
desselben ein Einfluß in der Richtung der Ab-  
änderung der Regierungsvorlage geübt worden ist.  
Der Vorgang hat sich vielmehr vielmehr folgen-  
dermaßen entwickelt:

In der mit der Vorberathung der Vorlage  
betrauten Kommission wurde dem Gesichtspunkte,  
mit Ausnahme der Deutschfreisinnigen eine thüm-  
liche große Mehrheit auf die zu fassenden Be-  
schlüsse zu vereinigen, entscheidende Bedeutung  
beigemessen. Dieser Gesichtspunkt hat sicher eine ge-  
wisse Berechtigung, denn es liegt an sich im In-  
teresse einer Vorlage, welche das bestehende Wahl-  
recht gegen das Einbringen des gleichen und ge-  
heimen Wahlrechts zu schärfen bestimmt ist, wenn  
sie mit großer Mehrheit vorliegt. Es kommt  
hinzü, daß das Votum über die Wahlreform im  
engsten Zusammenhange mit demjenigen über die  
Steuerreform steht und daß es im Interesse der  
Durchführung der letzteren von der größten Be-  
deutung ist, daß sie die Zustimmung der großen  
Mehrheit der Volksvertreter findet. Erwägungen  
dieser Art haben die meisten Mitglieder jener  
Kommission, darunter auch die Nationalliberalen  
benutzt, sich trotz mancher Bedenken im Einzelnen  
an die vom Plenum ratifizirten Beschlüsse zu  
vereinigen.

Wenn schließlich die nationalliberale Frak-  
tion, und demnach auch die freisinnigere Frak-  
tion ihre Vertreter in der Kommission desavouirte,  
die konservative Fraktion diesem Beispiele aber  
nicht folgte, so lag die Ursache allein darin, daß  
die Mittelparteien den sachlichen Bedenken gegen  
die Kommissionsvorschläge ein größeres Gewicht  
beilegte, als jenen legislativ-taktischen Ge-  
sichtspunkten, während umgekehrt die Konser-  
vativen den letzteren die entscheidende Bedeutung  
beimaßen. So sind die Beschlüsse des Abge-  
ordnetenhauses aus diesem selbst heraus und  
ohne jede Mitwirkung von Seiten der Regierung  
entstanden.

Bezeichnend dabei ist es, daß gegen dieselben  
in der nationalliberalen Fraktion vom Stand-  
punkte thümlicher Erhaltung des unbeschränkten  
Wahlrechts der höchst Besten in erster Linie  
ein Abgeordneter eintrat, welcher die platonische  
Einwirkung der Steuerreform, deren Gegner er  
ist, zum Gegenstand heftigen Angriffs gemacht  
hatte.

Die Entscheidung liegt jetzt beim Herren-  
haufe. Man darf annehmen, daß diese hohe  
Körperschaft sich von der Ueberzeugung wird lei-  
ten lassen, daß Abänderungen der Beschlüsse  
des Abgeordnetenhauses, von denen es mindestens  
zweifelhaft ist, ob sie im anderen Hause Annahme  
finden werden, nur zu leicht das Zustandekommen  
nicht bloß der Wahlreform, sondern auch der  
Steuerreform gefährden könnte, daß es sich daher  
empfehlen wird, nur soweit Abänderungen in  
Ausicht zu nehmen, als dafür eine starke Mehr-  
heit im Abgeordnetenhaufe sicher ist.

\*\* Die innere Nothwendigkeit einer den Zeit-  
verhältnissen entsprechenden Fortbildung unserer  
nationalen Wehrinrichtungen, wie solche mittelst  
der von den Oppositionsparteien so fanatisch be-  
schränkten Militärvorlage erreicht wird, ist schon so  
oft und so schlagend nachgewiesen, daß wenn man  
eigentlich, d. h. mit Gründen, gekämpft würde, das  
parlamentarische Ergehen der Vorlage schon  
längst kein Zweifel mehr bestehen könnte. Leider  
ist dem nicht so. Statt mit Gründen zu kämpfen,  
führt die Opposition Vorurtheile, Unterstellungen,  
dialektische Kunstgriffe aller Art ins Feld und hat  
es selbst dahin zu bringen gewußt, daß auch die  
autoritativen Urtheile unserer sachverständigsten  
Männer von Bemängelungen nicht verschont  
bleiben. Deshalb sei nachfolgend eine familiäre  
Stimme aus Frankreich, die sich in dem  
Armeeblatt „L'Avenir militaire“ vernehmen läßt,  
angeführt, welche vielleicht, weil sie aus Feindes-  
munde kommt, den Zweifeln, die an der Spitze  
unserer Opposition gegen die Militärvorlage  
stehen, zu denken giebt. Das genannte Pariser  
Fachblatt stellt an die Spitze seines neuesten,  
dem in Ausarbeitung begriffenen französischen Adres-  
senbuchs gewidmeten Artikels den Satz: „Es ist uns  
unmöglich, den Deutschen auf dem Wege der Er-  
höhung des Effectivstandes zu folgen“; um aber  
doch nicht dem militärischen Stillstande und folg-  
lich der Verumpfung der Armeeverhältnisse zu  
verfallen, rathet der „Avenir militaire“ einer mög-  
lichst sorgfältigen Pflege der Qualität das Wort.  
Wir können die bezüglichen Darlegungen auf sich  
berufen lassen. Das uns zumest interessirende  
Moment ist einmal das Eingeständniß, daß  
Frankreich schon jetzt jenen waffenfähigen Mann  
— und zwar das Wort „waffenfähig“ im weitesten  
begrifflichen Umfange genommen — dem stehenden  
Heere einverleibt, und eben dadurch einen ganz  
enormen Vorprung vor dem militärischen „status  
quo“ Deutschlands erlangt hat, dann aber das nicht  
erhebende und rastende Bestreben Frankreichs, die  
Armee nach Erreichung der externen Maximal-  
grenze nun auch in intensiver Richtung zu größ-  
möglicher Leistungsfähigkeit zu vervollkommen.  
Und nun wolle man mit diesem militärischen  
Eifer der Franzosen das Verhalten unserer arme-  
feindlichen Opposition vergleichen. Wenn es nach  
den Intentionen der letzteren ginge, so würde die  
bei uns nicht nur jede, auf Verstärkung unserer  
nationalen Wehrkraft abzielende Thätigkeit von  
vornherein zur Unnützarbeit verdammt sein,  
nein, das Heer würde auch von seinem jetzigen  
Niveau positiv herabgedrückt werden. — Bevor  
dessen die oppositionelle Zustimmung der Ein-  
führung zweijähriger Dienstzeit ohne irgend  
welches Äquivalent. Weiter aber könnte die  
Rundgebung im „Avenir militaire“ die Gegner  
unserer deutschen Militärvorlage belehren, daß wir

mit Durchführung dieser Vorlage nach dem  
eigenen Eingeständniß des genannten Fachblattes  
unser Wehrverfassung auf einen Höhegrad  
bringen, dessen Einholung für die Franzosen ein  
Ding der Unmöglichkeit sein wird. Andererseits  
aber wird, wenn Frankreich erst den qualitativen  
Durchbildungsprozeß seiner Wehrinrichtungen auf  
die Höhe seines quantitativen gehoben haben wird,  
ohne daß wir die bestmögliche Hand an die Mängel  
und Lücken der eigenen Wehrverfassung zu legen  
uns haben entschließen können, die Gegner der  
Militärvorlage in der Stunde der Gefahr mit  
voller Wuth die Anlage treffen, durch ihr Treiben  
das Vaterland um die Völkerschaften betrogen zu  
haben, welche es gegen feindlichen Uebermuth  
schützen sollten.

Da der Geburtstag des Fürsten Bismarck  
diesmal in die Charwoche fällt, hat man sich in  
einigen Ständen entschlossen, die Feier um einige  
Tage zu verschieben. So wird aus Leipzig ge-  
meldet, daß daselbst am Dienstag, den 4. April,  
ein Festmahl zu Ehren des Altdeutschländers ver-  
anstaltet werden soll. Auch in Darmstadt wird  
der Geburtstag am 4. April festlich begangen  
werden. In Essen soll eine allgemeine Bismarck-  
feier am 5. April stattfinden. Außerdem wird  
daselbst unumwunden mit den Sammlungen für das  
im vorigen Jahre beschlossene Bismarck-Denkmal  
begonnen werden. In Elberfeld wird die national-  
liberale Partei den Geburtstag bereits am Ge-  
burtstage des Kaisers Wilhelm I., am 22. März,  
feiern. In Ulm dagegen sprach sich die Deutsche  
Partei dahin aus, daß eine Bismarck-Feier am  
1. April die religiösen Gefühle nicht verletzen  
würde und setzte daher die Festfeier auf den Ge-  
burtstag selber fest. Die bürgerlichen Kollegien  
von Stuttgart haben beschlossen, ihrem großen  
Grenzbürger die Glückwünsche der Stadt wie in  
früheren Jahren telegraphisch auszusprechen. Für  
die in München stattfindende Feier des Geburts-  
tages des Fürsten sind die Vorbereitungen noch  
im Gange.

Die Ergebnisse der schulfachstatistischen Er-  
hebung vom 25. Mai 1891 ermöglichen einen  
Gesamtblick über das ganze Gebiet des  
niederen und Mittelschulwesens, mit Ausnahme  
aller militärischen und Fachlehranstalten. Wenige  
Angaben reichen hin, um die Größe der Aufgabe  
zu veranschaulichen, welche auf diesem Gebiete zu  
bewältigen ist. Wir greifen nur folgende Zahlen  
heraus und lassen sie für sich selbst sprechen. Am  
25. Mai 1891 waren in Preußen vorhanden:

| Schulen                                | Schüler          |
|----------------------------------------|------------------|
| öffentliche Volksschulen               | 34 742 4 916 476 |
| öffentliche Mittelschulen              | —                |
| höhere Mädchenschulen                  | 550 131 270      |
| Privatschulen mit Volksschul-<br>ziel  | 495 21 678       |
| Privatschulen mit Mittel-<br>schulziel | 1 134 80 868     |
| Seminarbildungsschulen                 | 176 19 422       |
| Schulen in Blindenanstalten            | 15 635           |
| Schulen in Taubstummen-<br>anstalten   | 49 4 080         |
| Schulen in Idiotenanstalten            | 34 1 898         |
| Schulen in Rettungshäusern             | 141 6 898        |
| Schulen in Waisenhäusern               | 72 5 138         |
| überhaupt                              | 37 408 5 188 363 |

Die Lehrkräfte, welche an diesen Schulen  
arbeiten, vertheilen sich, wie folgt:

|                                                  |        |             |
|--------------------------------------------------|--------|-------------|
| a) vollbesetzte Lehrkräfte:                      | Lehrer | Lehrerinnen |
| öffentliche Volksschulen                         | 63 237 | 8 494       |
| öffentliche Mittel- und höhere<br>Mädchenschulen | 2 997  | 1 314       |
| Privatschulen mit Volksschulziel                 | 424    | 283         |
| Privatschulen mit Mittelschul-<br>ziel           | 900    | 3 159       |
| Seminarbildungsschulen                           | 0      | 0           |
| Schulen in Blindenanstalten                      | 55     | 19          |
| Schulen in Taubstummen-<br>anstalten             | 390    | 24          |
| Schulen in Idiotenanstalten                      | 54     | 44          |
| Schulen in Rettungshäusern                       | 240    | —           |
| Schulen in Waisenhäusern                         | 167    | —           |
| überhaupt                                        | 68 464 | 13 337      |

zusammen 81 801

b) nicht vollbesetzte Lehrkräfte:

|                        |       |       |
|------------------------|-------|-------|
| Handarbeitslehrerinnen | 7 054 | 1 101 |
|------------------------|-------|-------|

c) Handarbeitslehrerinnen 29 764.

— „Zu der nach Osten zu gewärtigen  
Jubiläumdebatte“, schreibt die „Koburger Ztg.“:  
In dem Buch „Ein Lebenslauf“ von Julius  
Fröbel, 1891, Verlag der Cotta'schen Buchhand-  
lung, Band 2, Seite 212, ist wörtlich Folgendes  
zu lesen:

„Wie immer und überall, beschäftigte die Ge-  
sellschaft Jesu in der damaligen österreichischen  
Politik (1862) neben den heiligen sich auch mit  
sehr profanen Dingen, und daß ihr Herr und  
Meister die Wechsler aus dem Tempel getrieben,  
konnte sie nicht abhalten, außerhalb des Tempels  
sich mit dem Projekt einer österreichischen  
Finanzen usurpirten Jesuitenbank zu beschäf-  
tigen — ein Projekt, das nachher in der be-  
rühmten Langrand-Dumoucauf'schen Bank einen  
kurzlebigen Verwirklichungsversuch erfahren, aber  
dabei Zeit genug gehabt hat, der jüdischen Tax-  
isten Familie viele Millionen zu kosten. Der  
Hofrath Brentano (im österreichischen Ministe-  
rium, affilierter Jesuit), welcher seinen Oberen in  
Jesuitenorden natürlich mehr zu gehorchen hatte  
als dem für das (gleichzeitig projektirte) englische  
Bankprojekt günstig gestimmten Kaiser, ist das  
Werkzeug gewesen, durch welches die große Finanz-  
mafregel der Herstellung der österreichischen  
Valuta durch Abtragung der Bankschuld vereitelt  
worden ist. Ueber weitgehende jesuitische Pläne  
in Bezug auf die österreichischen Finanzen und  
daran geknüpfte Herrschaftsgelüste allgemeiner  
Natur bin ich durch Aufzeichnungen des Barons  
Glaben (Sekretär der Familie Thurn und Taxis  
für die auswärtigen Angelegenheiten) ein wenig  
unterrichtet worden, welcher mir zu einem gewissen  
Zeitpunkt eine politische einflussreiche und für mi-  
litarische Stellung im Dienste der genannten  
Jesuitenbank angetragen hat, er erklärte mir, es  
müsse damit kommen, daß die Langrand-Dumou-  
cauf'sche Bank der Gläubiger des ganzen Banern-  
standes in Oesterreich und Deutschland werde und  
dadurch die Wahlen in die Volksvertretungen be-  
herrsche.“

Die „Kob. Ztg.“ bemerkt zu diesem Zitat:  
Fröbel war damals vom österreichischen Ministe-  
rium angestellt als Redakteur des „Botschafter“  
zur Förderung der großdeutschen Politik und Ver-  
fasser des ursprünglichen Entwurfs zur Reform  
der deutschen Bundesverfassung, welcher dem  
deutschen Fürstentum in Frankfurt vorgelegt  
wurde. Auch soll (nach seiner Darstellung) ein

Projekt bestanden haben, aus preussischem West-  
gebiet ein Fürstenthum mit dem Fürsten von  
Thurn und Taxis als Regenten zu bilden. Fröbel  
stand in sehr vertrautem politischen Gedankenaus-  
tausch mit vielen einflussreichen Persönlichkeiten.

Für die Lebungen des Benrathen-  
standes im Etatsjahr 1893-94 hat der Kaiser  
seinen Bestimmungen erlassen. Es sind bei  
der Infanterie aus der Reserve und aus der  
Landwehr je 60 000 Mann einzuziehen. Bei der  
Garde haben zu über 5400 Reservemänner und  
4970 Landwehrmänner. Bei dem 16. Arme-  
korps finden diesmal Lebungen der Reserve  
und der Landwehr nicht statt. Beim 8. Armeekorps  
haben nur die Landwehrleute und zwar 4800  
Mann. Aus dem Benrathenstande der Feld-  
artillerie beziehungsweise der Kavallerie werden  
10 000 Mann eingezogen; bei der Feldartillerie  
haben 5000, bei den Pionieren 3000 Mann zu  
über. Die Lebungen finden in der Zeit vom  
1. April bis zur Einstellung der Rekruten, die der  
Schiffahrt treibenden Mannschaften im Winter-  
halbjahr 1893-94 statt. Die Interessen der am  
meisten theilhaftigen bürgerlichen Berufsstände,  
namentlich die Ernteverhältnisse in den einzelnen  
Korpsbezirken, sind bei der Wahl des Zeitpunktes  
möglichst zu berücksichtigen. Die Einstellungsbefehle  
sind den Einwohnern so frühzeitig als mög-  
lich zu übermitteln.

Am Sonntag, den 19. d. M., war hier  
selbst in dem Senatsaal der Universität der Aus-  
schuß des Vereins für Sozialpolitik zusamen-  
getreten, um zunächst noch einige Angelegenheiten  
in Bezug auf die heute und morgen stattfindende  
Generalversammlung des Vereins zu ordnen.  
Sodann beschloß der Ausschuß, die nächste Ge-  
neralversammlung im Herbst 1894 abzuhalten  
und auf die Tagesordnung als ersten Gegenstand:  
„Die Aus- und Einwanderung und ihre Wirkun-  
gen“, als zweiten Gegenstand: „Die Kartelle“ zu  
setzen. Diese Tagesordnung soll jedoch noch nicht  
als definitiv angesehen werden, da eine Abän-  
derung vorbehalten ist, wenn eventuelle Ereignisse  
in der Zwischenzeit einen anderen Beratungs-  
gegenstand als mehr wünschenswerth erscheinen  
lassen sollten.

Für die ersten 11 Monate des laufenden  
Statsjahres sind bei der Verbrauchsabgabe von  
Zucker 654 Millionen oder 14,5 mehr als im  
Vorjahre zur Aufhebung gelangt. Von den  
654 Millionen entfallen 37,1 Millionen auf das  
Gesetz vom 31. Mai 1891, welches bekanntlich am  
1. August 1892 in Kraft getreten ist.

Hofen, 20. März. Ueber das Verhalten  
des Abgeordneten v. Kommerowitsch in der Militä-  
rkommission schreibt heute das polnische Blatt  
„Dziennik“, daß das Auftreten desselben den  
Eindruck mache, als wenn nicht eine polnische Be-  
völkerung von drei bis vier, sondern wenigstens  
zehn Millionen hinter ihm stünde und zwar eine  
Bevölkerung, die sich für die Macht der deutschen  
Armee lebhaft interessire. Es sei auch nicht der  
geringste politische Grund dafür vorhanden, daß  
die polnischen Vertreter im Reichstage ein be-  
sonderes Interesse für jede Renovation, für jedes  
neue Bismarck an den Tag legen sollten.

Bonn, 20. März. Reichstagsver-  
sammung Ope-Meiche. Bis jetzt sind gezählt für  
Ausgang 5746 Stimmen, für Besche 2006  
Stimmen.

Hamburg, 20. März. Unter einem Trans-  
port von Kindern und Schweinen auf dem  
Dampfer „Schleswig“ ist gestern die Maul- und  
Klauenseuche konstatiert worden. Es wurde darauf-  
hin die ganze Ladung von Kindern und Schwe-  
nen sofort geschlachtet. Eine Sperre gegen die  
Einfuhr dänischen Viehes ist hier bisher nicht  
erfolgt.

Dresden, 20. März. Gestern gab der Mi-  
nister des Auswärtigen v. Meißel zu Ehren der  
Delegierten der internationalen Sanitätskonferenz  
ein Diner, bei welchem der österreichisch-ungari-  
sche Gesandte von Hengelmüller einen Toast auf  
den deutschen Kaiser und den König von Sachsen  
ausbrachte. Der Minister von Meißel brachte  
auf die Souveräne und Oberhäupter aller bei der  
Konferenz befristeten Staaten einen Trinkspruch  
aus, sowie auch auf die Delegierten und auf ein  
glückliches Gelingen der Beratungen.

## Oesterreich-Ungarn.

Wien, 20. März. Ueber die Wahl des  
zweiten Vizepräsidenten kam es im Plenarklub zu  
einer Spaltung. In zwei Wahlgängen erhielten  
der konservative Abrahamovic und der liberale  
Madewski je 23 Stimmen, woraus das Loos für  
den Kandidaten der Polen einen Druck ausübte,  
daß Abrahamovic gewählt werden sollte. Das  
hat böses Blut gemacht. Der Hohenwartklub  
beschloß, Madewski nicht zu wählen. Unter den  
Friedlichallierten des böhmischen Großgrundbesitzes  
besteht ein Konflikt, weil eine Gruppe (die  
Schwarzbergische) für einen näheren Anschluß  
an die Jungtschechen ist.

Wien, 20. März. Am Schlusse der heutigen  
Sitzung des Abgeordnetenhauses kam es zu tumultu-  
rischen Szenen in Folge einer Kontroverse  
zwischen Kronawetter und Lueger. Ersterer warf  
letzterem vor, daß er seiner Zeit früher Juden zu  
Freunden hatte und sogar für Agitationszwecke  
von ihnen Geld verlangte und annahm. —  
Lueger: Das ist nicht wahr. — Kronawetter:  
Lügen kann man leicht! (Großer Lärm auf allen  
Seiten des Hauses.) — Kronawetter zum Anti-  
semiten Gekmann: Sie waren ja mit mir um  
das Geld, man hat es uns auch gegeben. (An-  
dauernder Lärm. Die Antisemiten gedenken sich  
wie rasend. Eine Zeit lang schien es, als ob sie  
Kronawetter thätlich mißhandeln wollten.) Der  
Tumult dauerte mehrere Minuten an. Es gab  
dabei noch eine zweite Szene zwischen dem  
liberalen Wreber und dem berüchtigten Anti-  
semiten Schneider, welcher letzterer die niedrigsten  
Schmähungen ausstieß.

Best, 20. März. Finanzminister Weltere,  
der vor zwei Jahren ein Gesetz über Ausgabe  
von acht Millionen Gulden Loose für protestan-  
tische Schulzwecke im Reichstage zur Annahme  
gelangen ließ, beschloß, diesen Betrag auf 15  
Millionen Gulden zu erhöhen. Es sollen Hundert-  
Gulden-Prämien-Obligationen mit etwa 3 Prozentiger  
Verzinsung, die in den ersten Jahren mit großen  
Treibern dotirt sind, ausgegeben werden.

Best, 20. März. Abgeordnetenhaus. Bei  
der fortgesetzten Beratung des Kultusbudgets ge-  
brauchte Karolyi in Bezug auf Koloman Tisza  
einen derart scharfen Ausdruck, daß auf mehr-  
seitiges Verlangen für morgen eine geheime

Sitzung zur Erörterung des Zwischenfalls abge-  
raumt wurde.

## Frankreich.

Paris, 20. März. Nach neuen Bestim-  
mungen ist die Befestigung der Feste Jarrys nun-  
mehr endgültig auf Mittwoch festgesetzt worden.  
Morgen um 8 Uhr wird die Leiche nach dem  
Luzembourg gebracht, in dessen Ehrenhof die Auf-  
bahrung stattfindet. Das diplomatische Korps  
und die parlamentarischen Körperschaften erhalten  
besondere Estraden. Ribot spricht im Namen der  
Regierung, Barburg im Namen des Senats,  
Meline für den Generalrath der Vogezen, dessen  
Mitglied Jarry war, und Créard für die Univer-  
sität. Wenn die Reden gehalten sind, sammeln  
sich die Abgeordneten und geladenen Gäste im  
Garten. Der Leichenzug geht dann durch ein  
Spalier der Garfiken nach dem Döblichhof.  
In St. Die, wo die Leiche um 9 1/2 Uhr Abends  
eintrifft, findet sofort die Beisetzung in der Fa-  
milienkapelle statt. Der Unterrichtsminister hat an-  
geordnet, daß zum Zeichen der Trauer am Tage  
der Beisetzung von Jules Ferry sämtliche Schu-  
len geschlossen werden. Viel bemerkt wird, daß  
Clemenceau für die Uebernahme der Beerdigungs-  
kosten durch den Staat gestimmt hat. Pelletan  
erkennt in der „Justice“ an, daß Ferry einen  
außerordentlichen Einfluß auf seine Zeit und die  
Geschichte Frankreichs ausgeübt hat.

Paris, 20. März. Constans läßt erklären,  
er werde nicht als Bewerber für die Präsidentschaft  
des Senats auftreten. Auch Challemel-Lacour  
hat abgelehnt.

Paris, 20. März. In St. Die hat sich  
ein Komitee zur Errichtung eines Denkmals für  
Jules Ferry gebildet, welches auf einem nach  
Ferry genannten Plage im Zentrum der Stadt  
Aufstellung finden soll.

Paris, 20. März. Senat. Verenger richtet  
an die Regierung eine Anfrage wegen der jähel-  
lofen öffentlichen Schaustellungen und der An-  
stöße, welche diese Vorfälle bei einer Tausch-  
barkeit, welche mit Unrecht als eine private  
Veranstaltung angesehen worden sei. Ribot  
erkennt an, daß es sich bei den letzteren nicht  
um eine geschlossene Gesellschaft gehandelt  
habe. Der Polizeipräsident habe denn auch die  
Feststellung der strafbaren Handlungen angeordnet,  
welche unter ähnlichen Umständen wegen be-  
gangen werden könnten. Die gerichtliche Vor-  
untersuchung sei ebenfalls eingeleitet worden.  
Was die Aergernisse öffentlichen Schaustel-  
lungen anlangt, so werde man fortfahren,  
dieselben mit den gesetzlichen Mitteln zu ver-  
hindern.

## Großbritannien und Irland.

London, 20. März. Die Irländer in London  
feierten den Patriziatstag am Sonnabend durch  
ein Bankett im Holborn-Restaurant unter dem  
Vorhitz von Justin McCarthy. Dieser sagte im  
Laufe seiner Rede, Irland wolle nur seine eigenen  
Angelegenheiten verwalten und begehre keine  
Trennung vom Reiche, an dessen Aufbau es  
mitgeholfen habe. Wenn Irland Homerule  
erhalte, werde England zehn Mal stärker sein als  
jetzt; wenn die irische Frage gelöst sei, dann  
würde England an seiner Seite nicht einen  
mürrischen und unzufriedenen Gefährten, sondern  
einen wahren Freund und Bundesgenossen haben.

## Rußland.

Petersburg, 20. März. Der dänische  
Gesandte Kaer ist ernstlich erkrankt. Die Kaiserin  
393 gestern persönlich nach dem Befinden desselben  
Erkundigung ein.

## Zum 22. März.

## Die Kaiser Wilhelm-Gedächtnis-Kirche.

Der 9. März, der Todestag des Kaisers, der  
10. März, der Geburtstag der Königin Luise, der  
22. März, der Geburtstag des Kaisers: welche  
erregenden Erinnerungen enthalten diese drei  
Märztage! Das Königsbaus und das Vaterland  
in Schmach und Erniedrigung, in Jammer und  
Schmerz gebrochen, das Königsbaus und das  
Vaterland durch gewaltige Stürme hindurch zu  
hoher Macht und leuchtendem Glanze emporge-  
hoben. Aber gleichmäßig drang durch diese Zeit  
tiefster Trübsal und hohen Glückes vom Throne  
her und aus dem Volke immer wieder das Wort  
des Palmstums hindurch: „Herr Gott, Du bist  
unser Zuflucht und Herr.“ Die Noth lehrte  
beten. Der 126. Psalm, der Lieblings-Psaln der  
Königin Luise, „das Hallelujah in Thronen“, wie  
sie ihn nannte, welcher am 10. März dieses Jah-  
res bei Einweihung der Nazareth-Kirche vor Kaiser  
und Kaiserin von dem Altare erklang, tröstete  
in der Noth mit den Worten: „Der Herr  
hat Großes an uns gethan, daß sind wir frohlich.  
Herr, weende unser Gefängniß. Die mit Thränen  
säen, werden mit Freuden ernten.“



